Zeitschrift: Die Berner Woche in Wort und Bild : ein Blatt für heimatliche Art und

Kunst

Band: 16 (1926)

Heft: 3

Rubrik: Aus der politischen Woche

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 11.12.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Aus der politischen Woche.

Die ungarischen Bantnotenfälscher.

In der vergangenen Woche wurde das politische Europe durch eine hochpolitische Banknotenfälschungsaffäre in Aufregung gesetzt. In Holland wurden drei Ungarn verhaftet, die gefälschte französische Tausendernoten in den Berkehr zu bringen suchten. Die Spuren führten nach Budapest zurück. Hier wurde einer der Führer der Legitimisten, d. h. der Bartei der Königsmacher, Prinz Ludwig Windischgrätz, zuerst verhört und dann wieder entlassen, dann neuerdings verhaftet und seither in Untersuchung behalten. Es bedurfte des Einschreitens des französischen Gesandten, um die Untersuchung der Angelegenheit durch die ungarischen Gerichtsebehörden so weit reisen zu lassen. Es bedurfte fernerhin eines starken Druckes von seiten der ungarischen Nachdarsstaaten auf die Hortenschen zu finden, die sonthe Regierung, um diesmal die Schulzbigen zu finden, die sonst jeweilen unauffindbar sind, wenn es sich um ein Berbrechen der Nationalisten handelt.

Pring Windischgrät ist geständig; angesichts der er= drückenden Schuldbeweise gibt er zu, Frankennoten gefälscht ju haben und zwar in der Sohe von 20 Millionen. Die Falsifikate wurden in der staatlichen kartographischen Anstalt hergestellt mit Silfe einer aus Deutschland stammenden Drudmaschine. Dutende von Selfershelfern machten mit; die Liste der Mitschuldigen enthält Namen aus den höchsten Regierungskreisen. Berhaftet und geständig ist der Landes-polizeichef Nadosn, der dem Obersten Jankowitsch den Ru-rierpaß ausgesertigt, mit bessen Hilfe die Banknotenpakete über die Grenze gebracht werden konnten. Belastet erscheint auch der frühere Ministerpräsident Graf Teleki, der vom Bölkerbund in die Mosulkommission delegiert war. Ja, man sprach von einem monarchistischen Komplott, das durch das falsche Geld hätte finanziert werden sollen und in das der ungarische Thronprätendent Erzberzog Albrecht, ja sogar der banrische und preußische Kronprinz eingeweiht gewesen seien. Tatsächlich hatte Windischgrätz viele sciner Rom= plizen unter dem Vorwande, eine nationale Aftion finan-zieren zu wollen, geworben. Aber allem Anscheine nach war es ihm in der Sauptsache darum zu tun, seinen eigenen mißlichen Finanzen aufzuhelfen, und die patriotischen Fälsscher sind nun durch ihn gründlich hineingelegt worden. Denn die offizielle Darstellung verneint kategorisch, daß die Fälsscheraffäre einen politischen Hintergrund habe. Der ungarische Ministerpräsident, Graf Bethlen, gibt die formelle Ertlä= rung ab, daß seine Regierung schonungslos gegen die Schuldigen vorgehen werde.

In Paris verfolgt man die Angelegenheit mit wachs samen Augen; denn für Frankreich hätte das Gelingen der "patriotischen" Aktion des "erwachenden Ungarns" verhängsnisvoll werden können. Eine genügende Zahl falscher Taussendernoten im Umlauf könnten die so mühsam ins Werk gesetze Finanzsanierung empfindlich stören, und dies könnte von unberechendaren politischen Folgen sein. Es gibt hiersfür Beispiele in der Geschichte. Man weiß, daß der Entswertung der Assignaten der Ersten Republik durch Falschsnotensahriten in England nachgeholsen wurde.

Ein merkwürdiges Jusammentressen ist es, daß gleichzeitig auch Dinarnotenfälscher ihr Unwesen trieben. Die jugoslawische Bolizei konnte in Dalmatien ein Induviduum sestnehmen, das gefälschte Tausendernoten wechseln wollte. Man weiß noch nicht, ob diese Noten aus der Werkstätte der Notenfälscherbande stammt, die man eben in Bieleseld entdeckt hat. Die ganze Notenfälscherzussischen die ster weise ein internationales Nachspiel erhalten, indem die Rezierungen von Brag und Belgrad eine Interpellation vor dem Forum der Völkerbundsversammlung angekündigt haben. Die Budapester Machthaber haben sich in der Tatschon manches erlaubt, das im übrigen Europa Kopsschütteln

verursacht hat, und wenn man weiß, mit welcher Zähigkeit die ungarischen Nationalisten an der Idee einer Wieders herstellung der alten Grenzen Ungarns festhalten, begreift



Der türkische Aussenminister Cevfik Ruchdi Bey.

man die Besorgnis der Kleinen Entente um den mittelseuropäischen Frieden.

Der ruffifch = türfifche Bertrag.

Der türkische Außenminister, Ruchdi Bei, hat vor dem Parlament in Angora die feierliche Erklärung abgegeben, daß die Türkei nie und nimmer ihre Unsprüche auf das Wilajet Mosul aufgeben werde, Bölkerbundsentscheid hin oder her. Er hat ichon während der Berhandlungen in Genf feinen Zweifel darüber gelassen, daß er je und je für diese Ansprüche eintreten werde. Gine nicht zu miß= verstehende Rundgebung in dieser Richtung war das Abtommen mit Tschitscherin, das in Baris, noch wäherend der Berhandlungen um Mosul, unterschrieben wurde. Nach dem, was über dieses russische Abkommen befannt geworden ist, handelt es sich nur um einen Neutralitätsvertrag. Aber man darf mit ziemlicher Sicherheit annehmen, daß ein Schutz und Trutbundnis gegen die Engländer und den Bölkerbund dahinter stedt. Und wenn Tschitscherin nachdrudlich erklärt, Rußland werde dem Bölferbund nicht beitreten, so stedt dahinter vielleicht die Soffnung, diese Alliang durch eine Gegenalliang gu sprengen. Es besteht ja angesichts der Gegensätze im Often die Möglichkeit, an den russischen Zweibund (vorausgesett, daß er existiert) nach und nach alle europafeindlichen Bölker anzugliedern: die Araber, Berier, Afgwanen, Inder, Chi= nesen zc. und damit eine Rriegsmacht ins Leben zu rufen, Die leicht imstande ware, das entzweite Europa in Schach ju halten und zuleht aus Afien hinauszuwerfen. Wenn es nach den beiden öftlichen Diplomaten ginge, dürfte der Weltfrieden noch in weiter Ferne fein.

Die zunächst bedrohten Engländer haben sich nach einer Rückendedung umgesehen. Es verlautet, daß die Franzosen mit ihnen ein Abkommen getroffen haben, wonach ihnen

die sprischen Häfen für die Truppenlandungen und der Durchmarsch durch Sprien gesichert sind im Falle eines Krieges mit der Türkei wegen Mosul.



Der ruffliche Außenminister Cschitschein ist von seinem Ausenthalt in Westeuropa über Berlin wieder nach Moskau zurückgekehrt ohne sein Ziel, die Verträge von Locarno und Deutschlands Eintritt in den Völkerbund zu vereiteln, erreicht zu haben.

Die deutsche Regierungstrife.

Sindenburg beweist größere politische Ginsicht und Umsicht, als es den Deutschnationalen lieb ist. Er scheint das Bustandekommen der Großen Roalition fördern gu wollen. So muß man seine neuesten Besprechungen mit den Führern des Zentrums und der Demokraten deuten. Diese beiden Parteien sind die eifrigsten Befürworter der Großen Roalition, d. h. des Zusammenschlusses der Mittelparteien von den Sozialdemokraten links, bis zu den Bolksparteilern rechts. Die Sozialdemokraten zögern immer noch. Doch gewinnen die Anhänger einer Beteiligung an der Regierung immer mehr Boden. So hat die Kasseler sozials Demotratische Partei nach eines Rede Scheibemanns die Beteiligung der Bartei an der Reichsregierung gefördert. Hindenburg drängt die Parteien zur Entscheidung. Er gibt ihnen eine bestimmte Frist; später werde er von sich aus handeln. Unter dem Namen "Notgemeinschaft" ha= ben sich jungst die raditalen Deutschnationalen und Deutschvölkischen zu einer Gruppe zusammengeschlossen, die die Errichtung einer Diktatur fordert. Ihr gehören unter anberm an der Führer des deutschnationalen Berbandes, Justigrat Dr. Claß, Brinz Osfar von Preußen und der Führer der Bölkischen, Graf Reventlow. Man weiß, daß diese Leute den greifen Feldmarichall längst aufgegeben haben; er ist ihnen zu mild und zu demokratisch gesinnt. Hoffen wir, daß die Diktatur sich in Deutschland erübrige. Sie wäre ohnehin nicht so leicht durchzuführen wie etwa in Italien. Chen macht sich ein Nachlassen der Wirtschaftsfrise geltend. Es ist höchste Zeit dazu; denn die Rot nahm icon erichredende Formen an, verstärkt durch die Ueberschwenmungskatastrophen in den Rheinniederungen der letten Tage.

Was Dittatur heißt, haben die Deutschen am eigenen Leibe erfahren konnen — die Deutschen in Gudtirol

nämlich. Die fascistische Diktatur unterdrückt hier jede Regung des Deutschtums mit grausamer Härte. Die deutsche Sprache ist verpönt in der Schule und in der Berwaltung. Hunderte von Lehrern und Beamten verlieren ihre Stelle, weil sie nicht italienisch können, oder weil sie die deutsche Sprache nicht verleugnen wollen. Die Not der Stammesbrüder im Tirol macht in Deutschland einen großen Eindruck. Schon spricht man vom Bonkott Italiens durch die Deutschen als Reisende und Käufer. Es bilden sich Bereinigungen, die gegen die fascistische Ueberhebung protestieren und zum Widerstand aufrusen.

Wir Schweizer haben schon einige Male und neuerdings wieder einen Borgeschmad von fascistischer Mentalität erhalten. Im Tessi in äußert sich ein italienischer Tournalist in der "Libera Stampa" abichänig gegen das gegenwärtige Regime in seinem Vaterland, vielleicht in etwas zu deutlicher Sprache, was den Bundesrat veraulaßt, den Journalisten mit Ausweisungsdrohung zu verwarnen; dies trotz Preffreiheit in der Schweiz und trotzdem das zulässige Maß der Kritif nicht überschritten war. Gin anderer Fall, der noch nicht erledigt ist: In Basel beschwerte sich der italienische Generalkonsul beim Regierungsrat gegen den Borsteher des Polizeidepartementes. Dieser hatte in drei Fällen gegen den Wunsch und die Auffassung des Ronsuls entschieden. Einmal hatte er einem italienischen Rommis, der von italienischen Arbeitern wegen seiner fascistischen Rokarde angerempelt worden war, den verlangten Extra-Polizeischut verweigert. Ein andermal hatte der italienische Vizekonsul vom Polizeidepartement die Unterdrüdung eines Plakates verlangt, worauf der Circolo Filodramatico Aurora Basilea eine Borftellung "zugunften der Opfer der fascistischen Revolution" ansagte. Der Vizekonsul erklärte, es gebe keine "Opfer" des Fascismus, der Ausdruck sei eine Beleidigung des italienischen Regims. Auch hier wurde das Berlangen abgewiesen. Und der dritte Fall: Ein italienischer Restaurateur auf dem Klaraplat hatte eine Reklamefahne mit dem Murillo-Bild von den Maccaroni-Effern ausgehängt. Deswegen wollte der Ronful ihm und seiner Frau die Baffe entziehen; denn die Italiener von heute agen die Maccaroni nicht mehr mit den Fingern, sondern mit der Gabel, das Bild sei eine Beleidigung der italienischen Nation. Die Polizei gab die Baffe nicht heraus. Der Generaltonful wurde nach Rom zur Berichterstattung abgerufen. Soffentlich fehrt er nicht wieder gurud.

Die Fürstenabfindung.

Als ein Zeichen dafür, daß der demofratische Geift in Deutschland doch schon ordentlich erstarkt ist, können die gahlreichen öffentlichen Brotestwersammlungen gegen die finanzielle Abfindung der Fürstenhäuser angesehen werden. Die Forderungen der abgesetzten Fürsten wuchsen nämlich in den letten Wochen lawinenartig an. Rach dem preußischen traten das banrische, das würtembergische und eine große Menge fleinerer und fleinster mittelbeutscher Fürstenhäuser mit ihren jum Teil recht unverschämten Forderungen auf. Dies ausgerechnet in dem Momente, da das deutsche Arsbeitervolk am Hungertuche nagt und Ueberschwemmungen große Teile des Landes bedrohen. Die Summen, die sie heraus verlangen, sind so groß, daß damit ein schöner Teil der deutschen Schulden gedeckt werden könnte. Stimmung weiter Rreife, nicht nur der fogialdemofratischen und kommunistischen, sondern auch des Zentrums und der Demofraten, ift so erbittert, daß ein Bolfsentscheid in diesem Momente jede Abfindung überhaupt ablehnen würde. Bunächst hat aber in dieser Angelegenheit noch der Reichs= tag das Wort, der zweifellos anders, für die Fürsten gunstiger entscheiden wird. Bu einem Bolksentscheid wären vier Millionen Unterschriften und 20 Millionen Stimmen nötig. Es ware ichade, wenn fich die Republifaner diese Gelegen= heit zu einer wirkungsvollen Propaganda-Seerschan entgeben ließen.